

die hohe Staatsregierung möge in Erwägung ziehen, ob nicht Vereinfachung der Geschäfte des Oberbergamtes, nach Befinden Einziehung desselben, thunlich sei, und das Ergebnis der nächsten Ständeverammlung mittheilen.

Dieser Antrag hatte sich zwar dadurch erledigt, daß die erste Kammer demselben nicht beigetreten, die Deputation hat aber bei ihren dormaligen Verhandlungen mit den königlichen Commissaren denselben, und hierbei hauptsächlich die Frage:

ob nicht die Geschäfte des Oberbergamtes von dem königlichen Finanzministerium unmittelbar übernommen und demzufolge ersteres eingezogen werden könne,

nochmals in Erwägung gezogen. Der Deputation ist hierauf folgende Antwort zu Theil geworden:

die Einziehung des Oberbergamtes sei vor Erbauung einer Eisenbahn nach Freiberg unmöglich, aber auch dann deshalb nicht zu empfehlen, weil einerseits der Vortheil eines fortwährenden persönlichen Verkehrs mit den Bergbeamten und der Bergakademie, und die daraus hervorgehende Vereinfachung vieler Geschäfte verloren gehen, andererseits im Etat wenig erspart werden würde, weil dann die Stellen im Finanzministerium vielfach vermehrt, zugleich auch sehr beträchtliche Reisekosten in Anschlag gebracht werden müßten.

Die Deputation konnte hierauf es nicht für rathlich finden, gegenwärtig einen derartigen Antrag zu empfehlen.

## 2.

Im Ausgabebudget sind unter D., Departement des Innern, Pos. 22 e, für den nicht regalischen Bergbau und das Steinbruchs- und Hüttenwesen 6,000 Thaler postulirt

Die Deputation glaubte in Erörterung ziehen zu müssen:

ob an dieser Summe nicht bedeutend erspart werden könne, wenn die dormalen dem Ministerium des Innern zustehende Aufsicht über nicht regalischen Bergbau, das Steinbruchs- und Hüttenwesen mit dem Oberbergamt verbunden werden könne.

Nach Verhandlung mit den königlichen Commissaren gelangte man aber zu der Ansicht:

daß es für jetzt nicht gut ausführbar sei, zwei so große und so verschiedene Geschäftszweige, wie der Gangbergbau und der Flözbergbau, an eine Behörde zu verweisen, welche bis jetzt hauptsächlich nur mit dem Gangbergbau beschäftigt gewesen, daß dies ohne eine wesentliche entsprechende Personalveränderung und Vermehrung bei dieser Behörde nicht möglich, endlich aber auch deshalb nicht rathlich sei, weil der Flözbergbau in ganz andern Gegenden des Landes betrieben wird, als diejenigen sind, in deren Mitte das Oberbergamt sich befindet.

Die Deputation sah daher auch hinsichtlich dieses Punktes von Empfehlung eines Antrags ab.

Präsident Dr. Haase: Wünscht Jemand hierüber zu sprechen? — Die Deputation empfiehlt uns Pos. 33 c mit 12,700 Thalern etatmäßig und 100 Thalern transitorisch zur Bewilligung. Ich frage, ob die Kammer diese Summen in der gedachten Maße bewillige? — Einstimmig Ja.

Referent Abg. Dr. Hermann:

## d.

Für die Stempelfactorie und das Stempel-  
fiscalat

werden postulirt

10,300 Thlr. etatmäßig,

während die frühere Bewilligung

9,300 Thlr. etatmäßig

betrug.

Die dormalige Erhöhung entsteht durch:

200 Thlr. Gehaltserhöhung für den Stempelfactor von 600 Thlr. auf 800 Thlr.

100 = desgleichen für den Controleur von 500 Thlr. auf 600 Thlr.

700 = Mehrausgabe für Papier, Packmaterialien u. s. w.

1,000 Thlr. in Sa.

Die Nothwendigkeit der Gehaltserhöhung für den Stempelfactor und Controleur um resp. 200 Thlr. und 100 Thlr. wurde von dem königlichen Commissar als prägnant bezeichnet.

Man könne nur ganz zuverlässige Beamte zu diesen mit ziemlichem Risiko verbundenen Geschäften verwenden, und wenn schon aus diesem Grunde für einen angemessenen Gehalt derselben zu sorgen sei, so rechtfertige sich die postulirte Gehaltserhöhung dormalen noch durch die infolge der großen Zunahme des Verbrauchs von Stempelpapier so sehr gesteigerte Thätigkeit dieser Beamten, bei welcher jede andere Nebenbeschäftigung ihnen abgeschnitten sei.

Die Erhöhung der Ausgabe für Papier, Packmaterialien u. s. w. von 6,000 Thlr. auf 6,700 Thlr. rechtfertigt sich durch den bedeutend gestiegenen Absatz an Stempelpapier, infolge dessen auch die Einnahme an Stempelimpost für die neue Finanzperiode um 35,200 Thlr. höher veranschlagt werden konnte.

Die Deputation empfiehlt Pos. 33 d mit

10,300 Thlr. etatmäßig

zur Bewilligung.

Abg. Koch: Diese Position veranlaßt mich, eine Anfrage an die hohe Staatsregierung zu richten, nämlich dahin, ob und in wie weit dieselbe die Frage wegen Vereinfachung der Einrichtungen beim Stempelwesen in Erwägung gezogen habe. Es sind in dieser Beziehung Vorschläge aufgetaucht, welche theils eine Ersparniß an Zeit und Geld für den Staat, theils eine Erleichterung für den geschäftlichen Verkehr bezwecken. Diese Vorschläge haben etwas sehr Ansprechendes. Ich meine namentlich die Einführung der Stempelmarken, und würde der Staatsregierung sehr dankbar sein, von ihr eine Erklärung darüber, ob diese Einrichtung etwa auf dem Wege der Gesetzgebung erwartet werden dürfte, zu vernehmen.

Staatsminister Behr: Es ist schon bei mehreren Gelegenheiten in Erwähnung gekommen und auch von der Regierung vollständig anerkannt, daß sowohl das Stempelgesetz selbst, als die Art und Weise seiner Ausführung einer Revision bedürfen. Es ist aber aus der Natur der Sache erklärlich, daß man mit dieser Revision so lange Anstand